

Der „unsichtbare“ Korridor.

Wenn ein Pole ins Ausland reist, dann wird ihm ein Propaganda-bblatt in die Hand gedrückt, auf dem er die wichtigsten, seinen Staat betreffenden Fragen, die ihm in der Fremde vorgetragen werden können, beantwortet findet. Wenn ihm also, z. B. ein militärischer Ausländer stellt, wie man sich in Polen zur Frage des Reichsverkehrs stellt, dann braucht er nur unter dem Stichwort „Korridor“ nachzulesen, und schon kann er sein Gegenüber mit der Antwort verblüffen, daß für Polen eine Korridorfrage überhaupt nicht existiert. Viele Antwort ist recht bequeme; der Befragte entgeht auf diese Weise wenigstens der Gefahr, sich bei einer Diskussion über dieses heikle Thema zu blamieren. Auf den Ausländer, der von der Korridorangelegenheit nur unbestimmte Vorstellungen hat, wirkt es einen merkwürdigen Eindruck machen, daß unter einem solchen Vorkommen das nachfolgende beteiligt, das polnische Volk die Existenz einer Straßengebiet abgelehnt, über die sich die ganze Welt unterhält und erregt. Der Ausländer aber, der in der Sache einigermaßen Befriede weiß, wird in dieser Antwort nur ein Zeichen der Hilflosigkeit sehen und wird an die deutschfeindlichen Demonstrationen denken, die fast täglich in den Städten Polens stattfinden und in ihren Rufen und Entschuldigungen alles andere als ein Beweis dafür sind, daß für Polen eine Korridorfrage nicht existiert. Denn wegen einer Sache, die nicht existiert, braucht man doch kein derartiges Geseire zu erheben.

Man kann nur wünschen, daß sich recht viele In- und Ausländer an Ort und Stelle von der Existenz des Korridors überzeugen, selbst einmal mit der Bahn oder im Auto durch den Korridor fahren und sich auf den Grenzbahnhöfen mit anderen Grenzübergegangenen durch und den Augenfeind darüber belehren lassen, was es mit der Behauptung von der Verkehrsschwierigkeit, „Unsichtbarkeit“ des Korridors auf sich hat. Sie müßten zunächst einmal ein Exemplar des Versailler Diktates vornehmen; im Art. 89 heißt es dort: „Polen verpflichtet sich, dem Personen-, Güter-, Schiffs-, Boots-, Wagen-, Eisenbahnwagen- und Postverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland durch das polnische Gebiet einschränkend der Verkehrsverhältnisse, namentlich der Grenzübergegangenen und ihm hinsichtlich der Verkehrsverhältnisse, oder -beschränkungen sowie in jeder anderen Hinsicht zum mindesten dieselbe günstige Behandlung zu gewähren, wie sie den Verkehr von Personen, Gütern, Schiffen, Booten, Wagen, Eisenbahnwagen und Postsendungen, die polnischer Nationalität, polnisches Ursprungs, polnischer Herkunft, polnisches Eigentum sind oder von einem polnischen Abgänger kommen; wird einer anderen Nation eine zum günstigeren Behandlung als der polnischen gewährt, so ist diese Behandlung auch der polnischen zu gewähren.“ Von diesen beiden Bestimmungen ist die erste, die Polen als erfüllt, die zweite, die Durchgangsverkehr durch den Korridor die absolute Meistbegünstigung zu gewähren. Auf Grund dieses Artikels 89 ist dann zwischen Deutschland und Polen am 21. April 1921 das Pariser Abkommen getroffen worden, das den deutschen Transitverkehr im einzelnen regelt und am 26. März 1922 hinsichtlich der Bestimmungen über den Personentransitverkehr durch das Warschauer Abkommen ergänzt worden ist. Von diesen beiden Abkommen haben aber die Polen, daß sie den Korridor Verkehrsschwierigkeit „unsichtbar“ machen, daß sie also die Abwicklung des Verkehrs zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich so sehr erleichtern, als ob es zwischen den beiden, von einander getrennten Reichsteilen überhaupt kein fremdes Hoheitsgebiet gäbe. Sie versuchen sich bei dieser Behauptung mit Vorliebe auf eine Erklärung der Reichsbahn-Direktion Königsberg aus dem Jahre 1923, in der es heißt: „Die Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich, die Reichsbahn hat die Brücke über das polnische Durchgangsbereich geschlossen.“ Diese beiden Sätze haben durchaus nicht den Sinn, den ihnen die polnische Propaganda unterjubeln verlust. Sie sind nichts anderes als eine Verkehrsverbesserung, zu der sich die Reichsbahngesellschaft als Geschäftsunternehmen verpflichtet gehalten hat; sie sind nichts anderes als die Feststellung, daß die Reichsbahn ihr mögliches getan hat, um den durch die Zwischenlagerung fremden Hoheitsgebietes getrennten Verkehr wieder in Fluß zu bringen. Sie hat eine Brücke schlagen können; aber auf dieser Brücke stehen feindliche Polen; und eine Brücke kann niemals eine Verbindung in breiter Front ersetzen, wie sie früher bestanden hat. Weiter weisen die Polen ganz darauf hin, daß von den acht vorgesehene Transitlinien 3, 4, 5 nur fünf für den privilegierten, voluminösen Personenverkehr in Anspruch genommen werden und daß die gebotene Platzzahl in den Korridorigarnen im Jahresdurchschnitt nur zu knapp einem Drittel ausgenutzt wird. Die Polen folgern daraus, daß es keinerlei Schwierigkeiten, Organisationsmängel im Transitverkehr gebe, während in Wirklichkeit der größte Verkehrshinderer eine Folge der bestehenden Mängel ist, die Deutschland im Lauf der Jahre durch jährliche Abänderungsanträge zu den erwähnten Pariser und Warschauer Abkommen zu beheben verlust hat; doch sind diese Anträge von der polnischen Regierung regelmäßig abgelehnt worden. Die Polen verheimlichen das schikanöse Verbot der Grenzübergegangenen in den Korridorigarnen (das erst im April 1923 etwas abgeschwächt worden ist); sie verheimlichen, daß die Reisenden während der Fahrt durch den Korridor sich in den Reisegepäck unternehmen und daher auch wegen angeleglicher oder wirklicher Vergehen, unvorsichtiger Äußerungen, die sie während der Fahrt oder sonst wann einmal gemacht haben, aus dem

Zug heraus verhaftet werden können. Sie verheimlichen weiter, daß die Äußerung auf ihrer Fahrt durch den Korridor von polnischem Militär begleitet werden, daß einreisende deutsche Militärs in den polnischen Grenzstationen, allem militärischen Brauch ihre blanken Waffen als Gefahr im Verzuge, abgeben müssen (da, bei den Unfällen die polnischen Haftungsbestimmungen gelten (und Polen sich weigert, Opfer der wiederholt vorgekommenen Eisenbahnunfälle Entschädigungen zu zahlen). Wichtiger als diese und andere Unannehmlichkeiten, die den Reisenden direkt gegebenenfalls zustoßen können und bei ihnen mindestens ein Gefühl des Unbehagens und des Jammers auslösen, sind die mannigfachen Hemmnisse, die der Reichsbahn bei der Verkehrsabwicklung durch den Korridor bereitet werden. So darf die Reichsbahn, z. B. für die Personentransporte nur Wagen mit innerem Durchgang verwenden, die in Zeiten härteren Verkehrs, in den Hauptverkehrszeiten, nicht immer am Platze verfügbar sind und dann erst aus dem übrigen Reich herbeigebracht werden müssen. Ferner ist die Reichsbahn hinsichtlich der Länge der Züge an bestimmte Beschränkungen gebunden: Die Schnellzüge müssen mindestens 28 Achsen und dürfen höchstens 13 Wagen führen; Personenzüge mindestens 20 und höchstens 33 Achsen. Die 5 bis 6 Stundengrenzung der 3 Achsenzahl kann dazu führen, daß die Züge auf den Grenzbahnhöfen geteilt oder daß Wagen ausgespart werden müssen. Weiter sollen die privilegierten Züge im Durchschnitt zu 60 v. H. belegt sein; das ist eine Durchschliffabwertung, die über die in Polen und selbst in Deutschland übliche Belegung weit hinausgeht. Alle Sonderleistungen des Transitverkehrs, wie sie bei besonders starkem Verkehrsandrang notwendig werden, müssen 4 bis 6 Stunden vorher beim polnischen Grenzbahnhof angemeldet werden. Voraus ergibt sich für die Reisenden mitunter ein mehrstündiger unfreiwilliger Aufenthalt auf den deutschen Grenzbahnhöfen, da sich der Umfang der ankommenden Verkehrs naturgemäß nur schlecht voraussehen läßt. Auch bei der Aufstellung der deutschen und polnischen Fahrpläne ergeben sich mancherlei Schwierigkeiten, da sich die Polen, die ihren Nord-Südverkehr durch den Korridor deorsatz behandeln, nur schwer dazu bewegen lassen, auf die deutschen Fahrplanmäßigkeit Rücksicht zu nehmen. Ein ganz unmöglicher Zustand herrscht im Verkehr vom Reich nach Danzig; der Reisende, der ohne Post- und Sonntagszüge, z. B. von Königsberg zu Danzig, auf dem Korridor privilegierten Zug über Dirschau hinaus nach Marienburg fahren und von dort wieder im Autobus oder in einem der hier hierfür täglich freigegebenen Züge über Dirschau zurück nach Danzig; denn Umsteigen in Dirschau ist nicht erlaubt.

Noch schlimmer als mit dem Personentransfer steht es mit dem Güterverkehr durch den Korridor. Hier treten durch die vielfachen Einschränkungen und Bedingungen, denen der Transitverkehr unterworfen ist, noch weit größere Nachteile als im Personenverkehr ein. Zunächst wird von Polen für die geschlossenen durchfahrenden Güterzüge eine Mindeststärke von 100 Achsen und bei Güterzügen von 60 Achsen verlangt. Das macht ein Zusammenstellen der Ladungen auf den deutschen Grenzbahnhöfen erforderlich, wodurch Verzögerungen bis zu 24 Stunden eintreten. Für die Ladungen, die den polnischen Eisenbahnen zur Weiterbeförderung übergeben werden, muß bei der Durchfahrt auf den Grenzbahnhöfen Zug- und Kabelleisen in jählicher (1) Ausfertigung ausgestellt und übergeben werden, was ebenso wie die Übergabe der Wagen an das polnische Personal und die Zollchau die Weiterbeförderung im privilegierten Verkehr um zwei und im gewöhnlichen Durchgangsverkehr bis zu 24 Stunden verzögert. Anders sehen sie es auf den Strecken, auf denen nicht genügend Güter zur Bildung geschlossener Züge ankommen. Hier werden, ermäht, mindestens 10 bzw. 60 Achsen vorgeschrieben; hier müssen die Wagen nämlich den polnischen Lokalzüge angeschlossen werden; sie bleiben häufig viele Stunden lang auf den polnischen Bahnhöfen liegen und brauchen z. B. auf der Strecke von Dirschau über Freyhan oder Straußhau nach Streslau 3–4 Tage. (1) Einküperungen bestehen auch für den Stückgutverkehr: die Stückgutwagen müssen nämlich ausgelastet sein oder 25 v. H. des Ladungswertes enthalten, also mindestens 4 T. So. Völlig führen (während die Reichsbahngesellschaft nur 2 T. fordert); insofern müssen auch hier die Güter auf den Grenzbahnhöfen zum Weitertransport durch den Korridor mit Zuteilfahrt angeliefert werden.

Völlig unbefriedigend ist auch der Militärdurchgangsverkehr durch den Korridor geregelt. Polen verlangt, daß die Militärtransporte 14 Tage (1) vorher angekündigt werden. Militärlieferungen dürfen nicht mit gewöhnlichen Güterzügen, sondern nur in besonderen Militärgüterzügen durch den Korridor befördert werden, so daß jedesmal erhebliche Zuteilkräfte aufstehen. Militärtransporte sind nur auf einer einzigen Strecke zugelassen, nämlich auf der Linie Fischau–Marienburg; sie dürfen nur am Tage den Korridor durchfahren; aber daß sich niemals mehr als ein Militärzug auf der Fahrt durch den Korridor befinden darf, ist eine sehr einschränkende Bedingung. Bei Marienburg ist der Verkehr sehr stark; die Züge müssen in der Regel in der Nacht durch den Korridor fahren, was für die Reisenden sehr unangenehm ist, da die Dispositionen der Sperrleistung naturgemäß außerordentlich erspart.

Fortsetzung Seite 355 unten.

Die polnische Handelspolitik.

Der Außenhandel Polens ist in den letzten Jahren ganz erheblich gesunken: Er hat im Jahre 1929 59 Milliarden Zloty betragen, im Jahre 1930 nur noch 47, und im Jahre 1931 nur noch 35 Milliarden Zloty. Der Rückgang beläuft sich also im Jahre 1931 gegenüber 1928 auf 26 und gegenüber 1929 auf 44 v. H. Von diesem Rückgang war die Einfuhr erheblich stärker als die Ausfuhr betroffen; sie ging gegenüber 1930 um 35 und gegenüber 1929 um 55 v. H. also um mehr als die Hälfte, zurück. Versucht wurde dieser Einfuhrrückgang durch den katastrophalen Rückgang der Kaufkraft des polnischen Marktes, ferner durch die scharfen Abwehrmaßnahmen der polnischen Regierung und nicht zuletzt durch die Einschränkung der Warenkredite seitens der Ausländer, der beiden letzteren Maßnahmen mag die wirtschaftliche Entwicklung Polens bedingt und, namentlich durch schlechte Erhebungen gemindert, von der früheren Praxis langfristiger (i. E. 24- bis 36-monatiger) Warenkredite abgekommen ist. Ohne solche Warenkredite ist die polnischen Importfirmen bei dem allgemeinen Mangel an flüssigen Mitteln oder größtenteils nicht in der Lage, Auslands-geschäfte zu tätigen. Die polnischen Maßnahmen der polnischen Regierung, die darauf abzielen, die industrielle Einfuhr einzufrieren, haben sich von Jahr zu Jahr, vor allem seit dem Ausbruch des Weltkrieges mit Deutschland im Juni 1925, verschärft. Der deutsch-polnische Solikrieg hat die Wirtschafts- und Handelspolitik Polens namentlich sieben Jahre lang maßgebend bestimmt. Im Schutze hoher Zollmauern blühten zahlreiche Industriezweige empor, die vorher in Polen gar nicht bestanden oder dort nur eine geringe Bedeutung besaßen hatten. Das ist i. B. der Fall hinsichtlich der elektrotechnischen Industrie, der deren Produktionswert sich von 1925 bis 1929 um fast das Vierfache erhöhte, hinsichtlich der Papierindustrie, die von 1924 bis 1929 eine 2½fache Produktionssteigerung aufwies, ferner hinsichtlich des Lokomotiv- und Waggonbaus, der Maschinen-, Kleinfleisch-, und chemischen Industrie und mancher Zweige der Textilindustrie. Polen ist es tatsächlich gelungen, sich in diesen Zweigen von der Einfuhr mehr oder weniger unabhängig zu machen. Aber die Freude am Erfolg dieser Autarkiebestrebungen wird durch einige andere Beobachtungen ganz erheblich getrübt. Zunächst ist es durchaus ungenügend, die künftige geschlossene Industrie, die auf gesunder Grundlage beruhen und auf die Dauer am Leben erhalten werden können. Polnische Wirtschaftskenner sprechen es heute schon oft an, daß sich manche dieser Industriezweige als ineffizient herausgestellt haben und in größerem oder geringerem Umfange wieder abgebaut werden müssen. Zwei Drittel der polnischen Industriearbeitskraft sind beschäftigungslos, und wohl nur der kleinere Teil von ihnen hat Aussicht, in der Industrie wieder einmal Arbeit zu finden. Dermaßen ineffizient hat sich die übertriebene Industriellisierung Polens auf den übrigen Wirtschaftszweigen, insbesondere auf die Land- und Forstwirtschaft, ausgewirkt. Die Industrialisierung ist auf Kosten der agrarischen Bevölkerung, die nahezu 3/4 der Gesamtbevölkerung Polens ausmacht und namentlich der katastrophal gesunkenen Preisen für land- und forstwirtschaftliche Produkte überhöhte Preise für die polnischen Industriearbeitskraft zu zahlen hat, durchgeführt worden. Schließlich ist die polnische Einfuhrbeschränkung von den dadurch betroffenen Ländern natürlich mit entsprechenden gegen den polnischen Export gerichteten Maßnahmen beantwortet worden. So ist als Folge der polnischen Autarkiebestrebungen die polnische Ausfuhr gerade auf den ihr nächstliegenden und am leichtesten rentablen Märkten auf immer größere Schwierigkeiten gestoßen.

Das rasche Sinken seiner Ausfuhr hat Polen nur dadurch etwas aufhalten können, daß es jährliche Rohstoffe und Fabrikate zu Ver-laufpreisen auf den Auslandsmärkten anbietet. Getreide, Mehl, Zucker, Butter, Brennholz, Kohle, Koks, Gas- und Maschinenöl, Benzin, Petroleum, Kalkfäule, Ammoniak, Soda, Bienen, Zement, Holz, Rohkorn, Stäbchen, Eisenblech, Konfektionswaren und andere Waren muß Polen, wenn es deren Ausfuhr nicht einstellen will, dem Ausland zu Ver-laufpreisen anbieten. Der Unter-schied zwischen den Exportpreisen der eben angeführten Waren und den inländischen Großhandelspreisen hat nach polnischen Berechnungen bereits im Jahre 1930 rund 3/4 Milliarden Zloty betragen; er hat bis heute bei der fortwährenden Verschlechterung der Exportbedingungen umfänglich noch eine erhebliche Steigerung erfahren. Benzin und Petroleum z. B. müssen im Inlande fünfmal, Kohle doppelt so hoch bezahlt werden, wie sie im Auslande verkauft werden. Die Ver-leerung Polens hat durch überhöhte Preise und durch Steuern auf deren Einkommen die Subventionen an die exportierenden Erwerbszweige, die Verlusttarife der Eisenbahnen usw. befristeten werden müssen, die Verlustausfuhr zu bejahen. Trotzdem glaubt die polnische Regierung an dieser volkswirtschaftlich schädlichen Ausfuhr-politik festhalten zu müssen, und zwar aus drei sehr wesentlichen Gründen: Erstens würde die Einstellung dieser Ausfuhr eine wei-tere Steigerung der Arbeitslosigkeit nach sich ziehen, die angesichts der Verhältnisse hier vorhanden ist. Zweitens würde die Einstellung der Ausfuhr namentlich in dem am weitesten betroffenen Ober-schichten nicht unbedenklich erscheinen. Drittens würde ein Auf-hören des Kohlenexportes nach den nordischen Ländern, der nach der

englischen Pfundwertung nur noch zu Ver-laufpreisen behauptet werden kann, eine Verdrängung der Häfen in Danzig und Gdingen be-zeichnen und damit die polnischen Häfen von der Notwendigkeit zu verlieren, die Häfen und von der notwendigen politischen Unentbehrlichkeit des Korridors für Polen vor aller Welt als eine ganz gewöhnliche Propaganda-mache entstehen (da je nach Absatz des Kohlenexportes von der Gesamtumsatz der Gdingen nur noch ein geringer Bruchteil übrigbleiben würde; im ersten Halbjahr 1932 hat die Gesamtumsatz der Gdingen 2.059.000 G. betragen; ohne die Kohlenumsatz nur 170.000 G.). Drittens würde eine Einschränkung der Ausfuhr die Stabilität der polnischen Währung bedrohen. Denn die Stabilität hängt von der Aufrechterhaltung einer aktiven Zahlungsbilanz ab, die für Polen heute, nachdem der Kapital-zufluss aus dem Auslande versiegt ist, nahezu identisch mit der Handels-bilanz ist. Die polnische Staatsbank braucht nur Aufrechterhaltung der Währung unbedingt die Devisen, die ihr das Exportgeschäft ein-bringt, wenn es auch nur mit Ver-laufpreisen durchgehalten werden kann. Polen steht vor der äußerst schmerzigen Frage, ob es seine Währung unter solcher Schädigung der Wirtschaft stabil erhalten oder die Währung abgeben sollte, um seiner Wirtschaft mehr Spielraum zu geben. Die Entscheidung für das letztere ist aber fraglich ist, ob es auch in Zukunft noch gelingen würde, die Handels-bilanz aktiv zu erhalten. Es ist noch nicht gewiss, ob sich in diesem Jahre ein Exportüberschuss mehr erreichen würde; denn die Ausfuhr sinkt unaufhaltsam weiter, so daß Polen immer noch neuem wieder auf das Mittel der Einfuhrbeschränkung zurückgreifen muß.

Die die Einfuhr hindern Maßnahmen Polens haben sich in erster Linie gegen Deutschland gerichtet, mit dem sich Polen seit sieben Jahren im Solikrieg befindet. Der deutsch-polnische Solikrieg hat sich in den letzten Jahren noch erheblich härter als der Gesamtumsatzhandel Polens gesunken. Aus nachstehender Übersicht geht die Ent-wicklung des deutsch-polnischen Handels seit 1924 hervor (in 1000 RM.):

	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932
Deutsche Einfuhr nach Polen (Zloty)	399 816	422 147	280 837	430 912	439 312	425 370	328 619	187 743	24 389
Deutsche Einfuhr aus Polen (Zloty)	405 388	445 708	304 471	366 212	377 867	373 044	262 984	132 188	20 468

Im Jahre 1931 ist danach die deutsche Ausfuhr nach Polen/Danzig gegenüber 1930 um 42,9 v. H., gegenüber 1929 um 56,1 v. H. und gegenüber 1928 sogar um 62,5 v. H. gesunken. Im laufenden Jahre wird nach den vorliegenden Zahlen trotz des Barfahrs Ab-kommens noch um 26 v. H. die deutsche Einfuhr nach Polen voraussichtlich kaum mehr als ein Drittel der Ausfuhr von 1928 erreichen. Die deutsche Einfuhr aus Polen/Danzig ist im Jahre 1931 gegenüber 1930 auf fast die Hälfte und gegenüber 1929 und 1928 auf ein reichliches Drittel gesunken und wird im laufenden Jahre wohl kaum über ein Viertel des 1928 erreichten Standes steigen. (Dabei ist der Preisverlust der letzten Jahre zu beachten!) Demerks-wert ist, daß der deutsch-polnische Handel von 1924 bis 1926 für Polen aktiv war, seit 1927 aber ständig für Deutschland aktiv ist. Deutschland steht heute nur noch unter den viergrößten Polens an erster Stelle; unter den Abnehmern ist es an die zweite Stelle (hinter England) gerückt.

Unter dem Rückgang des deutsch-polnischen Handels haben vor allen Dingen Polen und Pommernellen zu leiden, die vor der Abtretung an Polen ihren gesamten Produktionsüberschuss an Deutschland abgegeben und auch nach der Abtretung bis zum Ausbruch des Weltkrieges noch den größten Teil ihres Produktions-überschusses auf den gemachten deutschen Märkten abgesetzt hatten. Schon die historische Verbindung dieser Gebiete mit dem wirtschaftlich und sozial weit tiefer liegenden übrigen Teilen des neuen polnischen Staates hatte ein durch Währungsexperimente und vergleichenden beschleunigten Abklingen des Lebensstandards in den ehemals preußischen Gebieten nach sich gezogen. In aller Schärfe machte sich die Trennung von Deutschen Reich jedoch erst mit dem Beginn des Weltkrieges be-merkbar. Die schroffe Unterbrechung des alten Austauschverkehrs Polens und Pommernells mit dem Reich hat in den abgetretenen Gebieten einen tiefen Preisrückgang verursacht, der agrarische Pro-dukte und andererseits ein Emporsteigen der Preise für industrielle Erzeugnisse hervorgerufen. Die Folge dieses Auseinanderklaffens der Preisreihe ist ein verdrängter Rückgang der allgemeinen Lebenshaltung in den ehemals preußischen Provinzen ge-wesen, ein Rückgang, der von namhaften polnischen Volkskreisen auf mindestens 30 v. H. geschätzt wird. Die Unmöglichkeit, die eigenen Agrarprodukte zu lobenden Preisen abzusetzen und andererseits die Waren, die teurer polnischen oder die durch hohe Zölle verteuerten ausländischen Produkte zu kaufen, hat zu einer fortwährenden Verschärfung der Landwirtschaft geführt. Dementsprechend sind die Bodenpreise in Polen und Pommernellen so stark gefallen, daß sie heute nur noch einen Bruchteil der Vorkriegspreise betragen. Die Kaufkraft der Landwirtschaft ist unumgänglichsmäßig. Der Ver-

Fortsetzung Seite 357 unten

Danzig und Södingen.

Rückschlag in Södingen.

Ereignis aller Bemühungen um die Förderung Södingens ist der Güterumschlag im 1. Halbjahre 1932 im Vergleich zur gleichen Zeit des Vorjahres um 5. v. H. gesunken. Die anderen Säulen der Ostsee haben freilich unter dem Einfluß der sich immer mehr zuspitzenden Weltmarktkrise einen j. G. mehr beträchtlichen Rückgang ausgemittelt. Im Vergleich zu den anderen Ostseehäfen kann man also das Södingener Ergebnis noch als günstig bezeichnen. Das es so ist, ist ausschließlich darauf zurückzuführen, daß sich fast der gesamte Rückgang des polnischen leistungsfähigen Außenhandels auf Kosten des Danziger Hafens vollzieht. Im Mai hatte der Güterumschlag in Södingen bereits denjenigen von Danzig überholt. Dieser Fortschritt Södingens vor Danzig hat sich inzwischen weiter vergrößert.

Kommerzialisierung des Södingener Hafens?

Das Seedeckungsamt im Ministerium für Handel und Industrie hat eine Gesetzesvorlage ausgearbeitet und dem Sejm zugeleitet, die die Gründung einer Södingener Hafenverwertungsgesellschaft in Form einer Aktiengesellschaft vorsieht. Die Aktien sollen sämtlich in Händen des Staates bleiben. In die neue Aktiengesellschaft sollen sämtliche vom Staate in Södingen errichteten Hafenanlagen mit allem Zubehör eingebracht werden. An der Spitze des Unternehmens soll ein Hafeninspektor stehen, der jeweils auf drei Jahre vom Ministerium für Handel und Industrie ernannt wird. Neben dem Hafeninspektor soll ein Hafenausschuß von 12 Personen stehen, in dem alle am Hafen Södingen interessierten Ministerien, insbesondere das Ministerium für Handel und Industrie, das Kriegsministerium und das Innenministerium, vertreten sein sollen. Man ist der Ansicht, daß eine privatrechtliche Verwaltung des Hafens Södingen die Verwaltung verbilligen und sie von vielen bürokratischen Hemmnissen befreien würde. Ferner wird durch die Transaktion die Möglichkeit gegeben, gegen Verpachtung von Aktien Anleihen zum weiteren Ausbau von Södingen aufzunehmen. Den Plan, Teile des Södingener Hafens zu verkaufen, um mit der Kaufsumme weitere Bauten zu finanzieren, hat man fallengelassen.

Polnische Schnüffelskommissionen.

Die gemeine Art, in der die polnischen Behörden die Danziger Wirtschaft zu Grunde zu richten versuchen, geht jetzt deutlich aus einem von der Pressestelle des Senates der Öffentlichkeit übergebenen Schreiben einer Danziger Industriefirma hervor. Die betreffende Firma teilt mit, daß ihre Erfahrungen eine Rückficht darauf, ob ihre Sendungen Kontingentelementen enthalten hätten oder nicht, beschlagennagel worden seien und daß trotz des Nachweises, daß es sich auch nach polnischer Aufschauung um einwandfreie Waren handelte, diese u. a. im Monat März abgehoben und auch Anfang Juni (also nach mehr als zwei Monaten) noch nicht wieder freigegeben seien. Unter dieser Schwierigkeiten hat sich die Danziger Firma entschlossen, auf die Kontingente, die sie aus dem Auslande bezieht, zu verzichten und auch die entsprechende Verpflichtung bei der diplomatischen Vertretung Polens unterschrieben, daß sie sich der Kontrolle des obersten polnischen Zollinspektors unterwerfe (1). Die Kontrolle hat auch in dem Betriebe der Firma stattgefunden, wobei festgestellt wurde, daß dort keine auf Danziger Einfuhrkontingente eingesetzten Waren verarbeitet wurden. Trotzdem wurde der Firma die Bestrafung ihrer Faktoren teils der polnischen Zollinspektoren verweigert, und zwar mit der Begründung, daß unter den Lieferanten der Firma sich noch etwa 20 Danziger Firmen befänden, die ihrerseits nicht auf Danziger Kontingente verzichtet hätten, und daß auch diese Firmen sich der Kontrolle unterwerfen müßten. We-

Schluß von Seite 356.

brauch künstlicher Dünge Mittel, der Ankauf von landwirtschaftlichen Maschinen, Baumaterialien, Sämereien, Süßwaren usw. ist auf ein Minimum eingeschränkt worden. So wird auch die Industrie in Polen und Danzigsche die fast ausschließlich auf den Export der Landwirtschaft eingestellt ist, mit in den allgemeinen Zusammenbruch hineingezogen. Die ehemals preußischen Gebiete sind ausschließlich die leidtragenden Teile der wirtschafts- und handelspolitischen Großmanöver der Warschauer Regierungskreise geworden. Die „Leute aus dem Osten“, die Kongresspolen und Galizier, haben oft und eindeutig genug durch Worte und Taten zu verstehen gegeben, daß es ihnen nicht auf die Erhaltung des aus der preußischen Zeit überkommenen wirtschaftlichen Wohlstandes der Bevölkerung der Westgebiete ankommt. Sie leben in den ehemals preußischen Gebieten, diesen reifen und fortentwickelten Teilen des Staates, nichts anderes als den besten Steuerzahler, der für die Unkosten ihrer polnischen Wirtschaft aufkommen muß, nichts anderes als den warmen Platz, auf dem sie, die Güterreifen, es sich wohl sein lassen können, nichts anderes als ein ihnen wirtschaftlich fremdes Land, das sie der Herrschaft ihrer „polnischen Idee“ zu unterwerfen gedenken.

und Södingen.

merkenenswert ist, daß es sich dabei um Firmen handelt, die mit Kontingementen überhaupt nichts zu tun haben, so z. B. um eine Molkerei, die in ganz kleinen Mengen der Industriefirma frische Sahne liefert. Die Industriefirma hat versucht, den polnischen Vertretern klarzumachen, daß die erneuten Forderungen praktisch ganz undurchführbar seien. Trotzdem hat die polnische Regierung von diesen unbefriedigbaren Forderungen nicht abgesehen, was zur Genüge beweist, welches der Zweck der polnischen Maßnahmen ist. — Es ist zu bedenken, daß jeder der oben erwähnten etwa 20 Firmen wiederum von mehreren anderen Firmen Ware bezieht, die nach polnischer Ansicht dann auch der polnischen Kontrolle sich unterwerfen müßten. Das Ziel des polnischen Vorgehens ist es, den gesamten Danziger Export und den gesamten Danziger Handel auf Danziger Kontingente der ständigen Kontrolle durch polnische Organe zu unterwerfen und Danzig zum Verzicht auf die ihm vertraglich zustehenden Kontingente zu zwingen, bjm. seine gesamte Zollverwaltung an Polen auszuliefern.

„Wir kommen wieder.“

Die Danziger Regierung hat sich mit einer neuen Beschwerde an die polnische diplomatische Vertretung gewandt, in der Einpruch erhoben wird gegen eine Prookaktion, deren sich polnische Ausflügler schuldig gemacht haben. Am Nachmittage des 10. Juli war ein polnischer Radfahrer mit Ausflüglern aus dem Danziger Weichselufer gegenüber der Ostbahn „Diebstahl“ gekrönt. Die Insassen des Dampfers fuhren polnische Räder aus und machten den Verstoß, an einer unberechtigten Stelle zu landen. Danziger Zollbeamte machten sie darauf aufmerksam, daß das nicht zulässig sei. Trotzdem legte der polnische Dampfer am Danziger Ufer an. Die polnischen Ausflügler riefen Beschimpfungen und Schmähsprüche herüber: „Raus nach Brandenburg! Nieder mit Deutschland! Sohlebe Polen! Wir kommen wieder!“ Dazu drohten sie mit Stöcken und Säulen nach den Danziger Beamten herüber, die ihrerseits durch energisches und taktvolles Verhalten das beizurufen, daß dies zwischenfall ohne Weiterungen verlief. Nach etwa 25 Minuten fuhr der Dampfer in der Richtung auf Weichsel davon. Die Danziger Regierung hat in diesem Vorfall einen polnischen Verstoß gesehen, einen Zwischenfall zwischen polnischen Ausflüglern und Danziger Beamten zum Zwecke zu brechen, um diesen Vorfall später zum Radikal der freien Stadt auszuwerten. Der Weichselkommissar ist von diesem Protest sofort benachrichtigt worden.

Ein polnischer „Meeresfeiertag“.

Die polnische See- und Kolonialliga hielt in Södingen eine große Kundgebung ab, auf der mitgeteilt wurde, daß künftig in jedem Jahre einmal ein großer „Polnischer Feiertag des Meeres“ abgehalten werde, der „der einheitlichen und schifflosen öffentlichen Meinung in Polen hinsichtlich der Einheit der polnischen Weltgrenzen und gleichzeitig der Verbundenheit der polnischen polnischen Generation mit dem Meere“ Ausdruck geben soll. Das Staatsministerium hat beschlossen, dem Vortrage der Meeres- und Kolonialliga zu entsprechen. Für dieses Jahr ist der 31. Juli zum „Feiertag des Meeres“ bestimmt worden. Die Vorbereitungen für dieses „Seefest“ in Södingen sind in vollem Gange. Staatspräsident Moszicki hat seine Teilnahme bereits zugesagt. Im Zusammenhang mit diesem Seefest wird die in Chorn Haliowia niedergelassene Kavallerie-Brigade nach Södingen beordert, um, wie es heißt, an dem „Begrüßung des Staatspräsidenten und allen übrigen Gästen teilzunehmen.“ Den Höhepunkt der Feier wird — zum ersten Mal seit dem Verlehen Polens — eine große Parade der polnischen Kriegsschiffe vor dem Staatspräsidenten bilden. Alle Festlichkeiten werden durch den polnischen Rundfunk verbreitet werden.

Verzicht Danzig!

Die jüdische Boykotttheorie der polnischen Chauvinistenherabwürdungen gegen die Danziger Bäder ist nicht ohne Erfolg geblieben. Die öffentliche Anpreisung der Boykotttheorie hält viele von dem beschätzlichen Besuch in Danzig und Jopport zurück. Einerseits ist das Fernbleiben der Polen aus dem deutschen Danzig nur zu begrüßen. Andererseits bedeutet es aber eine wirtschaftliche Schädigung des Danziger Seebades, das durch den Ausfall der polnischen Bevölkerung einen stärkeren Besuch aus Reichsdeutsches ausgleichen wird, wird gemäß dem Hotel- und Pensionatsbesitzer der freien Stadt Danzig den Polen nachtrauen, die ihr „polnisches Geld nicht mehr dem kruzritterlichen Ungeheim in den Taschen werfen wollen“. Der polnische Boykott muß daher mit einem reichsdeutschen Massenbesuch in Danzig beantwortet werden. Jopport ist eins der schönsten Ostseebäder mit seinem weichen Sand, seiner gesunden Lage, dem maligen Hinterland, das Södingen gleicht, seinen schönen gepflegten Kuranlagen und dem herrlichen Jopport. Jopport ist auch nicht traurig, als die anderen Bäder. Vor allem aber wird die alte deutsche Hansestadt Danzig mit ihren historischen Bauten den Reisenden anziehen. Hinzu kommt, daß man den unergleichlich schönen Seebadgenuss danken kann, indem man mit einem Schiff das „Seebadlands Ostpreußen“ reist. Die Schiffe bieten jede Bequemlichkeit. Schlafgelegenheit ist reichlich vorhanden. Auch die Vergnügung ist gut und im Preis preisgemäß. Vor allem aber sind die Sehtpreise jetzt stark verbilligt und erheblich niedriger, als die Bahnpreise.

Von den Polen in Deutschland.

Polnische Werbemethoden.

Die „Reidenburger Zeitung“ berichtete über einen Prozeß, in dem wieder einmal recht interzessionell einander die Methoden bekannt wurden, die die Polen bei der Werbung für ihre Minderheitschulen in den Ostprovinzen anwenden. Besonders lehrreich ist die eidlische Zeugenaussage eines Besslers aus dem Kreis Ortelburg, der sich seinerzeit von den Polen überreden ließ, sein Kind für eine polnische Schule anzumelden. Der Betreffende hat inzwischen das Verbot seiner Sendung eingesehen und sein Kind wieder in die deutsche Schule umgeschult. Er sagte unter Eid folgendes aus: „Im Jahre 1931 kamen mehrere Herren nach Düsseldorf, unter denen ich auch der bereits bekannte „Schulrat Böning“ (gemeint ist der Sekretär des polnischen Schulverbundes „Allianz“) und der später dort als Lehrer tätige Cane befanden. Ferner ein Herr, wohl etwas über 50 Jahre, der sich Bolszemijski nannte. Es wurde eine Verammlung in der Wohnung des E. einberufen, an der auch ich teilnahm. Bolszemijski leitete die Verammlung und hielt eine Ansprache. An dieser Ansprache erklärte er, daß diejenigen, die ihre Kinder in die ja gränzende polnische Schule schicken, sich einen großen Nutzen erhalten müßten. Ich wandte mich nachher an Bolszemijski und fragte ihn, ob ich ein Darlehen von 3000 M. bekommen könnte, um das ich mich im Jahre 1930 bei der Bank Ludwig in Ortelburg bemüht hatte, nachdem mein Hilfsantrag abgelehnt war. Bolszemijski sagte mir zu, daß ich das Geld von der Bank bekommen würde. Daraufhin erklärte ich mich ihm gegenüber bereit, mein Kind in die polnische Schule zu schicken. An der Verammlung bat sich außer mir keiner bereit erklärt, der Bolszemijski noch mich nachher besuchte und sagte mir, ich würde ein Wohlstandsgeld von 3—400 M. erhalten, wenn ich als erster mein Kind zur polnischen Schule schicken würde. Nachdem die Verammlung bereits auseinandergegangen war, sollen sich noch drei andere bereit erklärt haben, ihre Kinder in die polnische Schule zu schicken. Im vorigen Sommer wurde eine Hypothek von 3000 M. für die Bank Ludwig im Grundbuch meines Grundstücks eingetragen. Etwa 1500 M. hat die Bank an meine Gläubiger ausgeschüttet. Etwa 400 M. wurden mir als Kosten angeteilt.“ Besser als durch diese eidlische Zeugenaussage kann nicht dargetan werden, daß die Auszahlung der preußischen Minderheitenschulenerordnung durch die Polen nichts mit einem „ehelichen Kulturkampf“ zu tun hat.

Pfarrer Domanski „berichtig“.

Die „Reipziger Kreuzen Katholiken“ halten aus der Broschüre von O. Orgen „Polen auf der Arbeit“ einige Kapitel nachgedruckt, in denen die „kulturspezifische“ Arbeit des Pfarrers Dr. Domanski in Jorkzeno, des Polenbandenführers, etwas unter die Lupe genommen worden ist. Den „Reipziger Kreuzen“ ist daraufhin von Dr. Domanski eine prägnante „Berichtigung“ zugesellt worden, in der dieser berichtigt, verschiedene Äußerungen getan zu haben, die ihm in der von O. Orgen'schen Broschüre in den Mund gelegt werden. Von Orgen hat der Pfarrer Dr. Domanski in den „Reipziger Kreuzen“ gleich keine die Antwort gegeben. Domanski bestritt, den Standpunkt zu vertreten, daß kein Sprengel, ja sogar „ganz Ostdeutschland ein widerrechtlich von Polen besetzter Teil des großen polnischen Staates sei“. Von Orgen bietet hierzu ergänzende Ausführungen an. Domanski bestritt weiter, gesagt zu haben: „Wir Polen auf deutschem Gebiet fürchten uns nicht vor der deutschen Regierung; denn in unserem gelebten Polenland sind ja auch die Deutschen. Wenn uns hier einmal etwas passiert, können wir damit rechnen, daß wir es ihnen auch passiert.“ Von Orgen weist in seiner Antwort auf diesen Punkt darauf hin, daß eine prägnante Berichtigung ja nicht objektiv mehr zu sein braucht; er fordert den Pfarrer Domanski auf, vor Gericht seine „Berichtigung“ unter Eid zu wiederholen. Domanski bestritt auch, gesagt zu haben: „Wer ein wahrer Katholik werden soll, dem gibt der liebe Gott schon die polnische Zunge mit auf die Welt; ein Katholik, der nur deutsch spricht, ist beinahe einem Protestanten gleichwohl.“ Er bestritt schließlich die Richtigkeit alles dessen, was über seine nationalpolitischen Propaganda im „Reichsbild“ von O. Orgen'scher Schrift gesagt worden ist. Zu diesen beiden Punkten bemerkt von Orgen in seiner Antwort: „Ich würde es nur begrüßen, wenn Pfarrer Domanski nicht mit nichtsagenden Berichtigungen arbeiten wollte, sondern gegen mich vorgehen würde. Ich hätte dann nämlich Gelegenheit, Sie zu fragen, um unter Eid für die Richtigkeit der in meinem Buche dem Pfarrer Domanski in den Mund gelegten Äußerungen zu antworten.“ Domanski antwortet: „Ich glaube, daß Pfarrer Domanski sich haben hätte, denn er weiß genau genug, was alles außerdem noch gegen ihn bei einer solchen Gelegenheit vorzubringen wäre.“

Ein Snadengesuch Jan Bauers.

Nachdem das Reichsgericht das auf ein Jahr Gefängnis unter Anrechnung der Unterlassungshaft lautende Urteil des Stolper Schwurgerichts bestätigt hat, ist von dem wegen Mordes des bestrafte polnischen Agitator Jan Bauer kürzlich wegen des

Restes der Freiheitsstrafe ein Snadengesuch eingereicht worden. Bei Ablehnung des Snadengesuches würde die Strafe erst im September d. J. verbüßt sein, da die Zeit, in der das Revisionsverfahren schwebte, nicht mitrechnet.

Die Polen unter sich.

Vor einiger Zeit hatte sich der Generalkonsul des Polenbundes, Dr. Racymarek, in einer Rede, die er in Hamborn-Bruckhausen hielt, zu der Behauptung verfliegen, daß es sich bei dem Organ der Berliner Polenbundesopposition, dem „Glos Polski“, um ein „deutsches Blatt in polnischer Sprache“ handle. Man verlegte mit dieser Behauptung, die dem Verständnis des Dr. Racymarek, einem lästigen Gegner zu diskreditieren, entpfehlend, das, was dieser „Glos Polski“ am 10. Juli d. J. unter der Überschrift „Bauer — oder Dr. Racymarek“ ausgeführt hat: „Als in der erwähnten Hambornener Verammlung der Beschluß gemacht wurde, auf die Kandidatenliste zur Reichstagswahl an erster Stelle den im Gefängnis festgehaltenen (bekanntlich wegen Mordes verurteilten) Bauer aufzuführen, unterstützten diesen Beschluß drei Mitglieder der Legation, die übrigen waren unter dem Kommando des Dr. Racymarek dagegen. „Wer Bauer ist“, schreibt der „Glos Polski“ dann weiter, „wissen wir alle. Er ist ein Mensch, der sowjalen die Arbeit von Grund auf bestellt, eine Arbeit, die Selbstverleugnung und Aufopferung bedingt. Denn mir sonderbar muß doch die Gefängnis Karriere des Bauers aussehen im Vergleich mit der jüdisch-österreichischen Gefängnis Karriere des Dr. Racymarek.“ Der „Glos Polski“ verbreitet sich noch weiter über den Gegensatz zwischen „dem angestammten Charakter der Gefängnispolitik“ und seinem „Gegenstand“, der sich im Rückfall in der Schlatterstraße breit macht.“ Also dieses „deutsche Blatt in polnischer Sprache“ bricht eine Lücke für den Jan Bauer, der vom Stolper Schwurgericht zu 12 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist und gegen den, wie der Staatsanwalt J. J. sagte, auch noch ein Hochverratsverfahren anhängig gemacht werden soll. Daß das zu einem „deutschen Blatt in polnischer Sprache“?

Aus einem offenen Brief, den der Vorkler des oppositionellen polnischen Blattes in Berlin, des „Glos Polski“, Adalbert Słowinski, an den polnischen Generalkonsul in Berlin, Dr. Sawronski, gerichtet hat, geht hervor, daß sich der Generalkonsul den inneren Auseinandersetzungen der polnischen Minderheit in Deutschland beteiligt. Am 27. 5. d. J. hatte sich nämlich ein Mitarbeiter des „Glos“, namens Józef Rajmola, Berlin 54, Alte Jakobstr. 1, wegen „Hochverleumdung an das Generalkonsulat“ genannt. Dem Mitarbeiter des „Glos“ wurden von Seiten des Generalkonsuls offenbar Schwierigkeiten bereitet: Dr. Sawronski, der natürlich auf Seiten des fanatisierten Polenbundes steht, hat den oppositionellen Antragsteller in verschiedener Weise verurteilt. „Weil Bauers auf dem inneren „feindlichen“ Arbeit“ vorgenommenen, ihre als „Verleumdung“. Es ist immerhin interessant, daß — nach dem Schreiben Słowinski's — ein polnischer Generalkonsul die Tätigkeit des „Glos“ als „staatsfeindliche“ (d. h. dem polnischen Staat feindliche) Arbeit brandmarkt.

Die stärkste Ortsgruppe des Polenbundes in Deutschland, die Gruppe Berlin-Ost, ist kürzlich vom Leiter des Berliner Landesverbandes im Polenbund, Edm. Kozłowski, aufgelöst worden, weil ihre Mitglieder im oppositionellen Lager stehen und sich zum „Glos Polski“ bekennen. Der Vorsitzende der aufgelösten Gruppe ist Kuznikowski, der verantwortliche Schriftleiter des „Glos“ gewesen. Dieser war bereits einige Zeit vorher aus dem Polenbunde ausgeschlossen worden.

Oppelner Bank Ludwig in Konkurs.

Die polnische Volksbank in Oppeln ist in Konkurs gegangen. Sie ist neben der Bank Ludwig in Döhlen das älteste und größte polnische Finanzinstitut in Ostpreußen. Sie wurde von 30 Jahren vom Generalkonsul des „Glos“ (Oppelner Zeitung), Bronisław Kuraszinski, gegründet.

Rückkehr polnischer Auswanderer aus Deutschland.

Nach einer vierwöchigen Meldung des „Kurier Domanski“ wird bis zum 1. Januar 1933 die Rückkehr von etwa 6000 polnischen Auswanderern aus Deutschland erwartet. Es handelt sich dabei um Personen, die in der Zeit vom 1. April 1919 bis 1. Januar 1926 nach Deutschland gekommen sind und auf die sich das deutsch-polnische Abkommen über die Saisonarbeiter nicht bezieht. Von allen polnischen Auswanderern, die von 1919 bis 1926 nach Deutschland gekommen sind, können auf Grund einer polnisch-deutschen Abmachung nur 14 v. H. in Deutschland bleiben. Die übrigen werden nach und nach auf Grund einer Abrechnungskontrolle zwischen den deutschen und den polnischen Behörden nach Polen zurückgeführt.

Unver-
züglich

müssen Neubestellungen auf unter „Ostland“ für August/September aufgegeben werden. — Bei später erfolgenden Bestellungen ist eine Sondergebühr von 20 Pf. zu zahlen. Der Beleger für 2 Monate beträgt 1,— M. (ohne Zustellungsgeb.)

Der junge Ostmärker



1932

Monatsschrift für die Ostmarkarbeit der deutschen Jugend.
Mitteilungsblatt der Jungbohren im Deutschen Ostbund.

7. Folge

Franz Lüdke, 50 Jahre.

Am 5. August wird Franz Lüdke 50 Jahre. Zahlreich werden die Ehrungen sein, mit denen der Dichter und Schriftsteller, der Redner und Führer bedacht wird. Auch wir gedenken an diesem Tage dankbar der Werke, die uns in so mancher Stunde Wegweiser waren. Aber wir gedenken darüber hinaus vor allem des Menschen Lüdke, des Freundes und Kameraden. Mit der Entwicklung unserer Bewegung ist er wie nur wenige verknüpft, von den Zeiten des ersten vorläufigen Kalles, des Versuchs der Zusammenfassung der ostmärkischen Jugend bis zu den Tagen, in denen uns die äußerlich zusammenhanglosen Gruppen ein Band kämpferischer Menschen wurde. Gerade die Übergangszeit vom Gesellschaftsverein zum Kampfbund fand Franz Lüdke in der vorbersten Fronte, und unversehrt werden alle, die daran teilhaben konnten, die Stunden sein, in denen er Wege zum Neuen wies, in denen er zu der sich fester und fester formenden Gemeinschaft vom Geist der kommenden Zeit sprach, von den Aufgaben, die sie gerade der jungen Generation stellt, und von den Pflichten des Einzelnen an das Volksganze, dem preislich ostmärkischen Mühen und Sellen. Er, der heimattreue und schollenverbundene Ostmärker, fand aus den Kräften des Heimatlichen den Weg in die Zukunft, zeigte, daß Erinnerungspflege allein fruchtlos bleiben muß, daß aber der Heimatgedanke eine ungetrübte Kraft gewinnen kann, wenn er sich als belebender Antrieb für eine politische Aufgabe auswirkt.

Franz Lüdke ist uns Junger Freund und Mitkämpfer, einer derer, deren geistiges Schaffen uns die Gemeinschaft an eine große und starke Zukunft gibt. Mit ihm zusammen werden mit den Weg gehen, den uns das Schicksal vorgezeichnet hat, den Weg nach Osten.

Der Weg ist weit, der Weg ist schmal,
Wir wandern ihn, wir zwingen ihn;
Von jäh' Höhe stammt der Groll,
Wir müssen steil die Stöße nehmen.
Wir hüpfen nicht, wir sinken nicht,
Das Auge und die Seele streut
Ihr Eigenlicht in Gottes Licht,
Und alles ist wie tageteuer.

Der Weg ist weit, der Weg ist schmal,
Der Weg ist wie von Blut getränkt,
Doch jedes Leid erblüht im Strahl,
Den Gott in Feis und Tüchle senkt.
Wir gleiten nicht, wir flürzen nicht,
Wir steigen hart durch Welt und Wind,
Wie aus ein gold'ner Schein umfließt,
Der still aus ewigen Schalen rinnt. (S. V.)

Ernst Otto Tschile.

Danziger Erzhied.

Aus dem Jahre 1577.

O Danzig, halt dich fest,
Du weiterühmte Stadt!
Betracht jeztund dein Veste,
und geh nicht lang zu Rat.

Mit vielem Kontrahieren
wird es nicht werden gut,
der Feind will dich exizieren,
drum tu nicht mehr traktieren
und laß eines Mannes Mut.

Dem Feind tu widerstreben,
laß dich nicht weiter ein,
tuß du dich ihm ergeben,
so wird's dir bringen Pein.

Das wirst du wohl erfahren,
wenn du halb polnisch bist,
dafür will dich beharren
zu vielen tausend Jahren
der sieb Herr Jesus Christ.

drucken Unmassen von Büchern, legten immer neue Schienenwege, verbrauchten (wie wir uns rühmen) die ganze Erde unter allen Völkern der Erde und hatten ein hervorragendes Herr Geburtstagsfest und wachsendes Volkswesen. Schienen unsere Zukunft zu garantieren. Unsere Technik und Gesellschaft, unser Erziehungssystem wurden berühmt; man suchte in uns die Lehrer der Welt.

Aber allem lag letzten Endes das Quantitative zugrunde: die Zahl, die stündlich wuchs, imponierte, berauschte. Wir wurden das Volk der Statistik. Wir konnten alles berechnen, vorausbestimmen. Einen Fehler in dieser Rechnung konnte es kaum geben.

Dann aber kam gegen 1900 eine furchtbare Selbstspaltung auf; man nannte sie die „fin de siècle-Stimmung“, die Stimmung des Jahrhundert-Endes, des Überflusses, des im Grunde nicht mehr Weiterkönnens. Nur anzusehen vermochte man noch. Man war satt. Das Wort, daß es dem Menschen nichts nützt, wenn er die ganze Welt gewinnt und dabei Schaden an seiner Seele nimmt, wurde damals in seiner Wahrheit erkannt.

Hatten wir denn Schaden an unserer Seele genommen? Waren wir trotz aller Bewegung erschöpft? War es vielleicht gar keine Bewegung in der wir standen, sondern nur eine Vermehrung? War unser Leben nur noch motorisch, nicht mehr dynamisch?

Keiner hatte die Erschütterung im Seelischen, den Niedergang und den drohenden Untergang so klar erkannt wie Lagarde. Heute versteht man ihn; damals verstand man keine Drohpfeile das Ort. Sieht man, wie richtig er lag, und mühte darum, um nicht gelost und aufgerollt zu werden, diesen Mahner beiseite schieben? Er war nicht der einzige, der scharf blickte. Gadow erkannte, daß man viel Kleines baute, aber wenig Religion baute; er forderte: „Religion nicht neben unserm Leben — unser Leben selbst ist Religion.“ Nietzsche verteilte die landläufigen Werte um und forderte den (oft so gänzlich mißverständlichen) Übermenschen. Der Seher Wilhelm Dietrich sah die Linie vom inneren zum äußeren Zusammenbruch: „Wenn ich an Deutschland denke, tut mir die Seele weh...“ In seiner Gedenshunde schaute Bismarck: „Deutschland, armes Deutschland!“ Der „Reichsbrand-Deutsche“ mied „Wage zur Erneuerung, aber der Durchschnittsmensch, der Dudenbürger, erfüllt von dem Glanz eines mächtigen Reiches und beglückt durch den sich mehren Wohlstand, war satt geworden und trotz alles gelegentlichen Nörgelns bestrebt zu bleiben.“ Das Kämpferische, Jostliche, Solische deutschen Menschentums war für Silberlinge veräußert worden, die Kunst des künftigen Selbstbehauptung im Grenz- und Ausland längst vorbei.

Doch die „fin de siècle-Stimmung“ bewies, daß trotz der scheinbaren Selbstzufriedenheit jener Zeit eine tiefe Unzufriedenheit erwachsen war, die man nur nicht recht haben wollte, die lästig erschien, die den Schlaf störte. In aller Stille haben die Seele zu hungern, und Grollen Salke prägte den Vers: „Nur, laß mich hungern dann und wann, Sättigung macht stumpf und träge.“ Villenrot sagte in seinem „Dagbrot“ über ganz falschen Zivilisation die Seide an. Man hatte so viele Ziele, aber so gar es ein Ziel?

Im Leben des einzelnen und der Völker stehen die Segenheiten immer hart nebeneinander. Aus dem Gefühl innerer Unruhe heraus löste sich, elementar, ein neuer Freiheitsdrang, die Jugendbewegung um 1900. Genieß, lieh hat ihre Kinderkrankheiten gehabt und ihre zu weilen grotesken Formen; was sollte an ihr war, ist dann ja auch, naturgemäß, zugrunde gegangen. Aber sie war mehr als ein Aufschrei, mehr als ein Sanaal. Sie war wirklich der Aufbruch in eine neue Zeit hinein.

Die Geistigkeit oder (richtiger gesagt) Ungeistigkeit damals, das vielfach Unlebendige, ja Lebensfeindliche, das Sehen milderer Aufgaben, der oft welenlose Drall, die Mechanisierung und Material-

Wendezeit — Ausbruch — Entscheidung.

Wer die drei Jahrzehnte seit 1900 mit Bewußtsein durchlebt hat, weiß, daß in dieser Zeit eine Geschichtsepoche zu Ende ging und eine neue begann.

Es hat immer schon Kriege und Revolutionen, oft auch Inflation und Deflation gegeben. Nicht die Lasten, daß in kürzester Zeitspanne all dies bei uns geschah, ist entscheidend; nicht, daß wir heute noch das Chaos haben, nicht, daß wir unter der Arbeitslosigkeit und einer verarmten Wirtschaftslage leiden — es wird ja einmal wieder Ordnung, Arbeit und Aufbau sein. Entscheidend für das, was ich zu Anfang sagte, ist das Bewußtsein: die Veränderung der inneren Struktur des Menschen selbst.

Auch um 1900 gab es Streben, Bewegung. Aber das ging von Voraussetzungen aus, die anders waren als heute, und hatte andere Ziele. Der Bismarckische Staat hatte die Selbstnütze vieler erfüllt; ihnen schien der Ausbau des Reiches nur in politischer, räumlicher und wirtschaftlicher Hinsicht möglich. Wir konnten durch Kolonialerwerb unsere Grenzen erweitern, dem Wirtschaftsleben Antrieb geben. Wir konnten den Weltmarkt erobern, taten es und wurden reich. Wir

fierung des Daseins, das Schmergeißel des Quantitativen, die Vorratskraft des Rechnerischen, Tschüsschen unter Verbeibaltung veralteter Formen, die Verbürgerlichung des Lebens, gegen die schon die Literaturbewegung der achtziger Jahre angeknüpft hatte, gegen die die neue Kunst zu Felde zog, die Füge, die vom Idealismus sprach und kraftigen Eigennutz meinte — in all diesem ist die Jugend um 1900 aufgewachsen, und die Belsen aus ihrem Reizen, die es empfanden

und erlitten, hoben sich gerührt, dabem der Zeit ein leidenschaftliches
Rein entgegengekehrt und ein ebenso leidenschaftliches Ja einer Zu-
kunft zugewandt, die sie sich selbst erst schaffen mußten.

Während andere stumpf und gemächlich im Alltagsstrott dahin-
zogen, alles wundernd und getömmelt fanden und noch nichts
andereim begriffen, als ihre Jugend zu genießen¹ und sich auf einen
einfältigen Beruf vorzubereiten, erfolgte schon der Aufbruch in ein
neues Jahrhundert hinein, wurde die geistige Krisis der Seemende er-
kannt, forschten weit aufgetane Augen in den Runen und Rätseln des
kommenden deutschen Sinns.

rominieren und zerstreuen. Wenn, aus Erinnerungen heraus das Gefüge zu belegen. Man spürte, wenn auch fieberlich noch nicht so bewußt mit heute, das Ringen zwischen Geist und Angst, man suchte, noch tollend, Stellung zu nehmen und die Linie zu mehrheitlich volksthümlich Leben finden. Der Weg, den man schritt, ist durchaus nicht eben und noch viel reiner gradlinig gewesen; er ging durch Jertum und Enttäuschung, und alles war noch nicht so geklärt wie heute. Der Aufbruch war da, aber man mußte noch nicht, doch man in ihm marschierte. Aber deutlich, immer deutlicher zeichnete sich schließlich Straße und Ziel ab. Der Gebanke des Volkstums, der Volkstheismus wurde richtungsgebend, und wir, die wir uns als „Kriegsgefangene“ empfanden, empfanden den Kampf um den Ostraum, um elbdeutsches Menschentum, um deutsche Volkheit. Wir sind oft verblüht und verzeigelt gewesen, ja; wir empfanden zu stark die Ungleichmäßigkeit des Lebens und spürten nicht immer den Jahrhundertwende, der durch die Welt fuhr. Aber wir kamen voran, und nos uns zum letzten finden unser Selbst und unserer Aufgaben halb, das war die große Not, die dann über uns stürzte.

Die Welt, mit der das deutsche Volk seit 1914 und erst recht seit 1918 zu ringen hat, ist nur die eine Seite des Erlebten geworden. Nach der langen Od- und Unfruchtbarkeit eines mechanisierten Lebens erwuchs etwas in unserem Volk, aus letzten Tiefen, und schuf Kraft für den Kampf gegen den Unglauben, den Stoff, das liberale, die Mythos-Bismarck, dem man sich an ein unumkehrbares Beginnen gewöhnt hatte, aufzuheben. Die Welt, die man sich als ein solches, aber nicht in der Politische und endlich in der historischen, als Gemeinwesen entgingen. Hatte man Bismarck überhaupt verstanden? Wenn ja: wie konnte man sich dann mit sozial Darfschheitlichkeit begnügen? — Jetzt aber erwuchs aus dem Volk selbst, aus den Einfachen in diesem Volk, neuer Mythos. Man möchte Namen nennen: Langemacher, Skagerrak, Scapa Flow, Schlager, Horst Wessel. Aber alles Einspinnne weitet sich ins Allgemeine, Volksheld, Symbolische. Der Mythos bedeutet die Weitung des Einseitigkeits, ins Menschlich-Große, Heiliges: Überwindung des Stoffmäßigen, der bloßen Eingegängnis, dadurch Überwindung des Schicksals, Angewandtheit der Natur.

"Umarmung aller Werte". So führte nicht nur die Not über uns, es führte auch der Ungesitt- lichkeit, als wenn er nun nicht mehr da wäre. O nein, er möchte sich sogar braven und freieren, der Stoffliche Juchte in einer Zeit, die gegen die Unwissenheit und den Irrtum des Jünglings ein Opfer. In der Jugend selbst entannte der Kampf um wirklich Jung und ras das Gegenteil davon war. Gegen seelische Dummheit, Verkalkung, Vergötterung des Materiellen stand Gläubigkeit, Freiheitswille, Reiftum auf.

Der Kampf ist nicht entschieden, aber gut, daß er überhaupt geführt wird, um daran, die „guten Willens“ sind. In ungeborenen Aufgaben ist unsere Zeit und die bemalte Jugend unserer Zeit gestellt. Nicht um das Wirtschaftliche handelt es sich, nicht um die Arbeitslosigkeit allein. Das sind Symptome einer Volks-, einer Völkerverkümmerung. Einmal wird sie gebellt sein; bei uns um so eher, je mehr wir sie führen; je deutlicher wir werden. Die innere Krise wird zur Seelenbildung führen; der Jersch der Zahl muß überwinden werden. Der Rekord im Sport darf nicht um des Rekords willen da sein; das Sehen und Wettrennen erzieht ihn, erzieht sein Volk. Wir müssen aus der alles verkämpfenden Sensation heraus, aus allem, was deutsches Volk verfallt, umgibt. Wir brauchen weder einen Amerikanismus noch einen „Sinn“, wir brauchen nichts anderes, als endlich Volk zu haben, das auf die feuchtesten Reizung, Volk des Mythos im Lichtes, ist.

Die drei Jahrzehnte von 1900 bis jetzt bedeuten das Ende eines Zeitabschnitts, der unumwiderrlich dahin ist. Für uns fragt es sich nur, ob wir Menschen des Endes sein, einer sterbenden Zeit zugehören — oder ob wir heraustraten wollen in das Schicksal einer neuen, weltgeschichtlichen Epoche, in den Freiheitssturm des deutschen Geistes.

Diesen Kampf um die innere Entscheidung vermag niemand dem andern abzunehmen. Er muß durchkämpft werden. Der Aufbruch, der jetzt anhebt, führt nicht nur in ein neues Jahrhundert, sondern in ein neues Jahrtausend.

Ienes Jahrtausend, das nach 900 begann und uns im wiedereingedeuften Ostraum zur Volkwerdung fñhrte, ist zu Ende. Wir stehen genau eintausend Jahre nach dem Aufbruch von damals.

Ein neues Jahrtausend hebt an; wir spüren, wie hart sich zwei Finien schneiden. Wir können da oder dort stehen: Menschen der alten, zertrümmerten oder der jungen, aufblühenden Zeit. Ist das der „Untergang des Abendlandes“? Oder kündigt sich in uns der ewige

Kampf zwischen Licht und Dunkel noch einmal durch? Wenn wir, aus
 Schmerzhaft empfundener Tragik und doch aus dem Glück der Wende-
 zeit dem Untergang die schöpferische Entscheidung des „Dennoch!“
 entgegensehen, so wohnt in uns die Kraft zum Aufbruch in das neue
 Jahrhundert und Jahrtausend. Dann sind wir nicht die Letzten,
 sondern die Ersten der beginnenden Weltgeschichte — dann ist unser
 Leben zehnmal wert, gelebt zu werden. Franz Eidlitzke.

„Deutsches Volkstum“.

Ein Jungjahr-Abend in Frankfurt a. M.

[illegible]

Die Vortragsfolge begann mit einem überbändigen Klavierpiel aus deutscher Musik, das wohl die bestmögliche Einführung in den Geist deutschen Volkstums war. Reinhold Brauns „Du liebes Land“, als Sprechchor niedergegeben, wirkte mit der ganzen Gewalt, die der Dichter in das Werk eingeschlossen hat; als Vortrag eines einzelnen hätte es so nicht gewirkt. In der stimmungsvollen Abwechslung von Einzellinien, Frauen-, Männer- und Gesamtschör wurde nun sowohl dem betrachtend-trauernden als auch dem predigenmahnenden Moment des Inhalts sehr gerecht.

[illegible]

Das Kornfeld im Mondenschein.

In tiefer Ruhe träumt das Roggenfeld der Ernte entgegen. Kein unreiner Ton stört den weihewollen Frieden dieser Nacht. Die reisenden Uhren leuchten im milden Mondenlicht, das in silbernen Strahlen auf das Halmenmeer herniederfließt.

Ich lehne mich an die alte Weide, die am Rande des Seides steht,
und lasse das feierliche Bild des weiten Roggenfeldes im Vollmond-
glanz tief in meine Seele dringen. Die geheimnisvollen Stimmen der
Sommernacht sind wach und raunen und künden leise vom Segen des
stillen Reisens auf der mütterlichen Erde. Ein leiser Wind wandert
über das Feld. Sucht wiegen sich die Halme.

Rein Wangen und Sittren vor dem nahen Senfenschnitt ist dieses
 befehlte Begehen. Es ist ein dankbares Reigen und ein williges Sich-
 fügen in das ewige und heilige Gottesmalen, das Reife und
 Ernte will. Ein stilles Lied singt der Wind dem Kornfeld. Ein Lied
 von fröhlicher Arbeit und kreisenden Mählenflügeln, ein Lied von
 kraftgebender Wandlung und neuem Sein.

Ergreifen laucht die Seele dem Singen, das durch die Nacht schwebt, und der Predigt des lichtüberfloßen Ahnenmeeres, das leise spricht: „Reifer werden in gesegneter Stille und emporklimmen zu lebensschaffender Opferbereitschaft und edler Tat in nimmermüder Fichtelsucht. Das sei Weg und Ziel.“

Hertwig Möhle, Braunschweig.

Das Harzer und das ostmärkische Gaufreffen.

Gautreffen erleben die Arbeit, fördern das Kennenlernen und festigen die Gemeinschaft. Unter diesem Gesichtspunkte waren unsere letzten Gautreffen Marksteine in der Weiterentwicklung der Jung-
Mannschaften. Hoffentlich folgen diesen Gautreffen noch recht viele in andern
Teilen des Reiches.

[illegible]

Ein einziger Hohl, und ging unser Sonnenbrotstief voran. Dann
sagen wir schneidend durch nordstarken Kannenwald bergan zum
Seuerplatz. Hand in Hand schließt sich der Kreis. Träufelnd fährt die
Glomme ins Hohl, und das uralteige Sonnenbrot „Glomme empot“
braust zu den Sternen. Erst-Otto spricht lösliche Worte von unserm
Hohl. Schiller's Zeiterleib, Beethoven zu Freiheit steht im Hohl
Rehelt, und der Hohl schneidet durch den Hohl. Das Gebirge
gemommen feil! Seierlicher Sonnenbrand der Mädel, verirrtes
niederfläisches Volksgut, jinnvoll und licht, gibt dem Hohl die Weishe.
„Ach Ofend gibt unser Zitt...“ Bundeslied und Schmutz zugleich.
Beim Seuergrubung ward so mancher gute Seuergrubung getan. Dann ist
das Hohl verglommen. Zeit einmal schließt sich der Kreis. Kein
schöner Band zu dieser Zeit... Still geht dann ins Städtchen
hinab.

Eine Freude brachte die Sonnmendfeier: Auch die alten Ostmäcker waren erschienen, und durch ihres Sprechers Mund wurde uns die Gewissheit, daß auch im vielen Alten junge Herzen schlagen und mit uns fühlen. — —

Am Sonntag ging es hoch hinauf in die Berge. Eine Pflanzung im
ragendem Buchenwald gab Platz zu Spiel, Song und ersterer Aus-
sprache. Und wie es immer so ist: Viel zu früh schlug die Scheide-
stunde. Es glug keiner fort ohne innerlichen Gewinn.

Am Sonntag darauf ostmärkisches Goutreffen im herrlichen Pleisketal zwischen Frankfurt (Oder) und Eresow. Die Quedlinburger Jungen waren auf ihrer Grenlandferiensfahrt die Nacht hindurch zu

Nach dem Quebrilang nach Berlin gefahren. Einige Stunden gemeinsame Fahrt und dann noch einmal 10 Kilometer glücklich mit adäquater Pausenliegen am Treppfunkt. So find Abhündlungen in Sandom ist in der Jugendherberge auffällig viel Leben: Wie wir nach oben in den Tagesraum kommen, ist kaum ein Plätzchen mehr frei. Die Croffener find in hellen Schoren angeordnet und haben sogar die Jünglinge mitgebracht. Und nicht lange dauert es, da find auch die Frankfurter. Da gab es viel zu erzählen und zu berichten. Wieder ein Singeländchen, dann heißt es: „Ruhe im Haus!“ Früh lingen die Mabel durch Wald und Semmering und Morgen an. Der Morgenlauf geht durch Wald und Semmering und Sand. In den Wald um Wachsen und Morgengymnastik hat gut getan. In den Wald um Wachsen und dann hinaus auf eine kleine Waldwiefe zur Morgenfeier. Bei unserm Umarmen durch das Dorf machten die Sandower große Augen. Leider war uns der Wettergott dann nicht sehr gnädig gesinnt. Es fing an Struppen zu gießen. Aber was tut es: Auch ein Sandballkampf im Regen hat seine Reize, besonders wenn der Regen mäßig ist, und wie hier: Das Sandome hat nicht nödernen lassen. Und wie in Goslar, so auch hier: Das Sandome hat die Sandomefeste gefestigt, leicht gemacht, das alle anderen Gleichgültig gibt und nicht. Die Sandomefeste gefestigt. Das Sandome wird auf die Gruppenarbeit seine Auszeichnungen haben.

Alfred-Insmeyer-Verdelt, Berlin.

Sonnenwendfeier im Industriegebiet.

Noch stehen die Jungheeren Westfalens unter dem Eindruck des großen Erlebens an der Görtalperre, den die Feinsinnigkeit der heutigen Tagung an ihre Bundesversammlung und Brüderlichkeit angebunden haben. Wie herrlich muß es gewesen sein! Unsterbliche Mühsal und Jugend, die dort sein durfte, sind noch heute im Gedächtnis jener Tage einer Beglückung fähig, die einem das Herz erfreut. Durch die Reiben derjenigen, die nicht da sein konnten, zieht jetzt ein leises Ahnen von der Größe und Fülle jener Begriffe, ihrer Momente, unter deren Zeichen das Treffen an der Görtalperre stand: Gemeinshaft und Brüderlichkeit! Ja, noch ohne wir nur, daß wenn diese beiden Dinge etwas Großes ist. Aber diese Ahnung hat in uns die Sehnsucht nach Verwirklichung dieser Begriffe wachgerufen, und eine wird diese Ahnung zu Leben werden, diese Sehnsucht Erfüllung finden. Wir streben danach, daß die Gemeinschaft und Brüderlichkeit immer mehr immer größer, jeht, immer größere Scharen sich der Jugend eint. Deshalb wollen mit jede Gelegenheit zur Wahrung dieser Gemeinschaft aus.

Eine solche Gelegenheit fällt uns auch das Treffen am Rappenberger See in Tübingen werden, an dem sich die Jungmänner Wiame-Clique, Vottrop, Caltopp-Rauhal, Herne, Oberhausen und Gütersloh beteiligten. Außerdem hatten einige andere Gruppen Vertreter entsandt. Am Samstagabend wurde die Wiame-Clique ihren Tropfen Wermut in unsere Vorlesung zu schicken, und wir haben uns von dem Himmel geliebt. Zwar jagen wir immer: „Regen, Wind, milden drüber“, aber da konnte einmal das Tschöden doch wirklich übergeben, zumal wir eine Sonnenwendfeier planten. Etzschow fand sich nicht, weil er zu weit weg war, aber wir haben die Sonnenwendfeier trotzdem gefeiert. Es ging durch Tübingen hinaus, und es gab, und die Feuerwehr für unsere Sonnenwendfeier hergefordert war.

[illegible]

Der Samstag war darüberhin bereits ins Fand gegangen. Im Anbruch des Sonntages jogte wir nun in die Stadt zurück, um uns auf einem Heuboden zur Ruhe zu begeben. Dem stärkeren Geschlecht hatte man zugedacht, die Nacht auf Zementbänken, glänzenfalls auf Holzpöcken, zubringen. Aber einige legten keinen Wert darauf, bei dieser Gelegenheit den Vortragszweckseis für die Vereinerung „stärkeren Geschlecht“ zu erbringen, sie jogten es vielmehr vor, sich auch ins weiche Hen zu legen.

Am Sonntagmorgen war alles, ob gut geschlafen oder nicht, wieder auf den Beinen. Als sich die Sonnenstrahlen erst durch die Dachluken stahlen, da hielt es keinen mehr auf der Schlafstätte. Unter

Neues aus Polen.

Ein Opfer polnischer Brutalität.

Am 13. Juli ist der deutsche Gemeindevorsteher Reugebauer aus Hohenbirkeln im Kreise Ragnick gestorben. Reugebauer wurde während der Wahlen im Jahre 1930 in seiner Wohnung von polnischen Aufständischen überfallen und schwer verletzt. Von den Folgen dieser Verletzungen hat er sich nicht mehr erholt und jetzt ist er, wie die Ärzte festgestellt haben, auch an ihnen gestorben.

Polnischer Überfall auf deutsches Schulfest.

Bei einem geselligen Beisammensitz, das im Anschluß an ein von der deutschen Schule in dem von ihrer überlegenen deutschen Bevölkerung besetzten Stenendorf (Wienau) ab (K. u. M.) veranstalteten Kinderfest am Abend in den Schulräumen stattfand, drangen plötzlich mehrere Angehörige des polnischen Schülerverbandes in die Klassenräume ein und griffen die Anwesenden mit Messern an. Vier Personen wurden verletzt, eine davon schwer. Die Eizwischen des Festes verliefen fluchtartig die Schule. Bei der Schlägerei wurden auch die gesamte Einrichtung der Schulräume und die Fensterheben zerschmettert.

Landerwerb im Korridor.

Das oberste polnische Verwaltungsgericht in Warschau hat eine Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung über den Landerwerb im Pommerellen gefällt. Eine polnische Staatsbürgerin, die sich vor jüdischen Minderheiten bekannt, hatte in der Nähe der Stadt Strasburg in Pommerellen einen größeren Grundbesitz angekauft, aber unter Hinweis auf ihre Nationalität nicht die Zustimmung der Verwaltungsbehörde zu dem Ankauf erhalten. Sie legte Beschwerde im Verwaltungsstreitverfahren ein, wurde aber jetzt in letzter Instanz mit der Begründung abgewiesen, daß die Verwaltungsbehörden bei Landankäufen in den Grenzprovinzen „völlig nach freiem Ermessen“ handeln können.

Aufenthaltsverlängerung für deutsche Oplanten.

Wie die „Deutsche Rundschau in Polen“ von gutunterrichteter Seite erfährt, hat die polnische Regierung die jüdischen Stellen angewiesen, den in Polen anwesenden deutschen Aufenthaltsgenehmigung für die Dauer eines Jahres zu erteilen.

Neuer kommandierender General in Posen.

Die Zahl der polnischen Generale mit deutschem Namen in den ehemals preußischen Gebieten hat sich abermals um einen vermehrt. Der pensionierte preussische Oberstleutnant v. Hennings-Michaelis löste den aktiven Generalen Orlicy-Plessner und Rorwid-Reugebauer hat sich jetzt der Brigadegeneral

Frank gefolgt, der bisher das 3. Armeekorps in Grodno führte und nun zum kommandierenden General des 7. Armeekorps in Posen ernannt worden ist.

Sparpolitik.

Nach einer Meldung der nationaldemokratischen „Gazeta Warszawska“ soll das Finanzministerium eine Vorlage ausgearbeitet haben, nach der die Staatsbeamten ein ganzes Monatslohn gekürzt werden sollen. Die Kürzung soll betragen: noch das Augustgehalt am 10. August, das Septembergehalt am 20. September und das Oktobergehalt am 30. Oktober gekürzt wird, während das Novembergehalt fortfällt.

Ein Bild von der Grenze.

Ein Bild von der oberflächlichen Grenze. Nicht an der Grenze, gegenüber dem bei Deutschland gebürtigen Schomberg im Deutheer Winkel liegt die Siedlung Koryelew, deren sämtliche Einwohner arbeitslos sind. Da Polen nichts für sie tut, suchen sie sich schlecht und recht durch den Schmuggel über Wasser zu halten. Kürzlich wurden nun einige dieser Leute von der polnischen Grenzpolizei gefesselt und verhaftet. Daraufhin mochte sich die ganze Grenzbevölkerung der Siedlung Koryelew auf den Weg zur Polizei, um die Personalausweise zu beschaffen und Lebensmittel zu fordern. Darauf zog man in geschlossenem Zuge zur deutschen Grenze, nur gegenüber Schomberg Aufstellung und lang — das Deutschlandbild.

Ein Klub der ausländischen Presse in Warschau.

Die bisher in mehreren Organisationen zusammengefaßten ausländischen Journalisten in Warschau haben sich zu einem Klub der ausländischen Presse zusammenschlossen. Vorsitzender der Vereinigung ist der Vertreter der „Polischen Zeitung“, Wierum. Dem Vorstände gehören weiter an: Blumen von der „Neuen Zürcher Zeitung“, Jang vom „Roms Chronicle“, Marek von der Südlichen Agentur „Alcala“, Graf Hagen vom Wolffschen Telegraphenbüro in Berlin und Koppeln vom „Temps“.

Der russisch-polnische Pakt.

Nach englischen und französischen Pressemeldungen haben die inusanne und Senf gegangenen Verhandlungen zwischen dem polnischen Außenminister Galeski und dem russischen Volkskommissar Litwinow zu der Abmachung geführt, daß der polnisch-russische Nichtangriffspakt noch im Monat Juli in Moskau unterzeichnet werden soll. Die polnische Regierung hat sich bereit erklärt, den Vertrag nicht vor der Unterzeichnung dem Rat der Völkerbundstaaten zur Ratifizierung vorzulegen, um Rumänien Gelegenheit zum Beitritt zu geben.

Aus dem Osthilfsgebiet.

Offhilfegebiet und Realsteuerenkung bleiben unverändert.

Von der Pressstelle der Provinzialverwaltung von Lieberich wird mitgeteilt: Bei einer Rückfrage des Landeskammerers Werner im Reichsinnenministerium über die Realsteuerenkung aus 43 des Osthilfegebietes wurde ihm von den zuständigen Sachbearbeitern im Ministerium bestätigt, daß das für die Offhilfe vorgesehene Gebiet unverändert bestehen bleibt und daß ebenso der Betrag für die Realsteuerenkung unverändert bleiben wird.

Die Kreditlage der deutschen Landwirtschaft.

Die deutsche Rentenbank-Kreditanstalt übergibt der Öffentlichkeit eine Untersuchung über die Kreditlage der deutschen Landwirtschaft im Jahre 1930/31. Bei den Wirtschaftsbereichen weist Schlesien mit 748,4 je Hektar landwirtschaftliche Fläche die stärkste Belastung auf. Am Einheitswert gemessen, erreichen dagegen Ostpreußen mit 730,5 und Norddeutschland mit 660,5 den höchsten Grad der Verschuldung. Gegenüber dem Vorjahr hat die Verschuldung in allen Betriebsgrößen und in allen Wirtschaftsbereichen weiter zugenommen; nur in Ostpreußen ist das ein Stillstand festzustellen. Am einzelnen hat sich die rückläufige Bewegung bei der Aufwertungsentscheidung verlangsamt. Am Weltdeutschland haben die Realbühren die gleiche Zunahme wie die Personalsbühren, während in Ostdeutschland zum ersten Male bei den Personalsbühren mit 17,4 ein stärkeres Ansteigen zu beobachten ist als mit 11,4 bei den Realbühren. Die Feststellung, daß die Agrarkrise vom Osten auf den Westen übergreifen hat, wurde bereits durch die Ergebnisse der Kreditlage 1930/31 belegt, und jetzt haben, daß die Zunahme im Westen größer war als im Osten. Diese Entwicklung hat sich nun in dem unterfischenden Zeitraum fortgesetzt. Der auch im Wirtschaftsjahr 1931/32 anhaltende Tiefstand der Preise für Vieh und Vieherzeugnisse läßt das gleiche auch für das Wirtschaftsjahr 1931/32 vermuten. Erwähnt wird, daß in den Kleinbetrieben in Ostdeutschland ein Fünftel und in den Kleinbetrieben in Weltdeutschland ein Viertel der Gesamtverschuldung auf die Renten und Altenteile entfällt. Entsprechend der steigenden Verschuldung hat sich bei fast gleichbleibenden Zinsätzen auch die Zinsbelastung weiter erhöht. Die Steigerung der Zins-

belastung im Laufe der letzten vier Jahre ist in Reichsmark je Hektar landwirtschaftliche Fläche folgende:

	1927/28	1928/29	1929/30	1930/31
Ostdeutschland . . .	40	44	47	49
Westdeutschland . . .	36	41	43	45

Von den Erhebungsbetrieben sind in Ostdeutschland etwas über 70 v. H. und in Westdeutschland rund 65 v. H. nicht in der Lage gewesen, den Zinsdienst aus dem Reinertrag zu bezahlen.

Mehr Mittel für die Grenzlandtheater!

Die Nationalsozialisten erklären in einem Antrag im Preussischen Landtag, daß die Verteilung der Mittel zur Förderung des Theaterswesens nicht den Notwendigkeiten einer preussischen Kulturpolitik entspreche. Während die beiden Staats-theater in Berlin und Potsdam 4,5 Millionen RM. arbeiten, solle die Preussische Landesbühne zur Deckung ihrer Kosten nur noch rund 200 000 RM. bekommen. Das Staatsministerium wird ersucht, die Mittel für die Preussische Landesbühne auf 700 000 RM. zu erhöhen, die notwendigen Mittel aus dem Etat der beiden Staats-theater zu entnehmen und den Staatstheatern in Berlin die Pflicht aufzuerlegen, auch bei der Repräsentation jene Grenzen in den Spitzengestirnen, Stargängen und Aufzügen für Ausstellungen einzuhalten, die sich angesichts der Notlage der Bevölkerung von selbst ergeben sollten. — Die Preise, die bisher die Richtlinien der preussischen Kulturpolitik bestimmten, haben bei ihrer Sparpolitik kein genügendes Verständnis für die Provinzialbeweisen. Repräsentationsfragen sind gewiß wichtig; aber es geht hier um die Existenz deutschen Kulturgutes in den Grenzgebieten und besonders im Osten. Durch die Einschränkung des Etats der Berliner Staatstheater um 1/2 Millionen RM. zugunsten der Grenzlandtheater wird die Reichshauptstadt weniger verlieren, als die Grenzprovinzen gewinnen werden, wenn ihr Etat um denselben Betrag erhöht werden kann.

Ausdehnung der Offhilfe auf Bayern?

Das Reichskabinett hat die Frage beschlossen, dem Reichspräsidenten eine Verordnung über die Ausdehnung der Offhilfsmaßnahmen auf die östlichen Gebiete Bayerns in Vorschlag zu bringen.

Neue Verordnung über freiwilligen Arbeitsdienst.

In einer Verordnung vom 16. Juli hat die Reichsregierung den freiwilligen Arbeitsdienst neu geordnet. Den Gegenstand und Zweck bezieht sich die Verordnung mit den Worten: „Der freiwillige Arbeitsdienst gibt den jungen Deutschen die Gelegenheit, vom Reizen der Gesamtheit in gemeinsamem Dienste freiwillig ernsthafte Arbeit zu leisten und sich zugleich körperlich und geistig-jüdisch zu ertüchtigen.“ Nach dem Inhalt der Verordnung müssen die Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes gemeinnützig und zufällig sein. Sie dürfen nicht zu einer Verringerung der Arbeitsgelegenheiten auf dem freien Arbeitsmarkt führen. Träger der Arbeiten sind öffentliche Körperschaften oder sonstige Vereinigungen, die gemeinnützige Zwecke verfolgen. Dieser wird es auch obliegen, für das Vorhandensein von geeigneten Arbeiten zu sorgen. Als Träger des Dienstes kommen neben den Trägern der Arbeit die Vereinigungen in Betracht, die sich in besonderem Maße für die Betreuung der Arbeitsdienstwilligen eignen. Die Arbeitsdienstwilligen genießen die Vorteile der Sozialversicherung und des Arbeitszuges. In erster Linie sollen junge Deutsche unter 25 Jahren bestraft werden und zwar von diesen wiederholenden Arbeitslosen, die aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden. Daneben können aber auch Nichtarbeitnehmer in Betracht. Um eine möglichst einfache und sparsame Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes sicherzustellen, werden die für diesen Zweck bereitstehenden Reichsmittel und Mittel der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung einheitlich zusammengefasst und verwaltet. Um die einheitliche Leitung zu gewährleisten, wird die Reichsregierung einen Reichsausschuss, der dem Reichsarbeitsminister untersteht, ernennen. Dem Reichsausschuss ist der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Surup, ernannt worden. Ein neuer Behördenapparat wird nicht geschaffen. Vielmehr stehen die Einrichtungen der Reichsanstalt zur Verfügung. Das Rätere wird durch eine Ausführungsverordnung des Reichsarbeitsministers geregelt, die in Kürze ergeht.

Die neue Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst bringt gegenüber der entsprechenden Verordnung des Kabinetts Brüning vom vorigen Jahr neues. Das ist um so verwunderlicher, als die Erfahrungen, die man bisher mit dem Arbeitsdienst gemacht hat, durchweg allgemein befriedigt haben. Was nicht befriedigte, das war lediglich der geringe Umfang, in dem von den Möglichkeiten des Arbeitsdienstes Gebrauch gemacht wird, ist, was wohl auf die an sich erklärliche Zurückhaltung in einer noch nicht erprobten Angelegenheit und auf die von links-politischen und rechts-politischen Seiten kommenden Widerstände zurückzuführen ist. Nachdem der Arbeitsdienst jedoch im Laufe eines Jahres seine Brauchbarkeit erwiesen und die gegen ihn vorgebrachten Bedenken sich als im wesentlichen unbegründet herausgestellt haben, ist es schwer zu verstehen, warum die Regierung von Papen in der

Arbeitsdienstfrage so jaghaft vorgegangen ist. Die neue Verordnung kann nur ein Übergang zu einer Regelung sein, die alle wirtschaftlichen und staatspolitischen Möglichkeiten ausschöpft, die der Gedanke des Arbeitsdienstes vor allem auch für die Sicherung und die Sicherung des deutschen Lebens in sich birgt.

Die vor einigen Wochen vom Reichswirtschaftskommando gemachte Mitteilung, daß aus Reichsmitteln und unter Zuhilfenahme der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Gelder flüssig gemacht würden, um im bedrängten Ostpreußen, und zwar im Heilsberg- und Ostpreußen, Geldbedürfnisse durchzuführen, kündigte eine sozialpolitisch bedeutsame Maßnahme der Arbeitsbeschaffung an. Für viele Arbeiter wurde der freiwillige Arbeitsdienst in Aussicht genommen. Inzwischen ist nun am 1. Juli mit dem Einmarsch des freiwilligen Arbeitsdienstes im Heilsberg- und Ostpreußen begonnen worden. Ostpreußen ist damit das Arbeitsfeld der bisher größten Maßnahme dieser Art in Deutschland geworden. Die Arbeitsdienstabteilung von 350 Mann rekrutiert sich aus den ostpreussischen Großstädten, namentlich aus dem Arbeitsmarktreich Königsberg und Elbing. Außerdem hatten sich Gruppen von Studenten, Siedlungsbeschäftigten, Berufs- und Landarbeitern. Man hat sie jedoch angesichts der geringen ostpreussischen Arbeitsbedürfnisse müssen. Es handelt sich fast durchweg um Jugendliche und in jedem Falle um Empfänger versicherungsmäßiger Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung bzw. aus der öffentlichen Fürsorge. Träger des freiwilligen Arbeitsdienstes ist der Verein Heimatschutz Ostpreußen, wenn auch das Landesarbeitsamt insofern mit Rat und Rat beauftragt ist. Die ostpreussischen Gemeindevorstände in Königsberg haben dem Werk weitgehende Unterstützung geleistet und eine würdige Unterbringung der Dienstwilligen gesichert. Die Durchführung der vorgeschriebenen Arbeiten wird mehrere Monate in Anspruch nehmen. Während dieser Zeit soll bei siebenhundert Arbeitsstagen der körperlichen und geistigen Betätigung der Dienstwilligen meiste Selbst gegeben werden. Für die Aufgabe der geistigen Betreuung hat sich die Reichsanstalt für Heimatschutz zur Verfügung gestellt, der körperlichen Betreuung haben sich die Ostpreussischen Arbeitsbeschaffungsgesellschaften und das Reichsarbeitsamt beteiligt. Aus jeder 40 Arbeitsdienstwilligen umfassenden Gruppe ist nun je ein Sportwart gestellt, der durch einen staatlich geprüften Sportlehrer in mehrstündigen Kursen angeleitet wird und nach der Arbeitszeit mit den Dienstwilligen jagend Sport treibt. Die Tätigkeit der Arbeitsdienstwilligen ist auf die Vermehrung der Erbsen- und Getreideernte in Ostpreußen beschränkt. Die notwendigen Sacharbeiten sind in die Hände von Unternehmern gelegt worden, die für diese umfangreichen Arbeiten angemessen bezahlt werden und zur Beschäftigung tarifmäßig entlohnter Arbeiter verpflichtet sind. So kommen die Arbeiten denn auch den Arbeitslosen der betreffenden Gegenden zugute.

Entschädigungswesen.

Reichsschuldbuchforderungen.

Das Ergebnis der Coulouner Konferenz hat die Entwicklung der Schuldbuchkurse günstig beeinflusst; infolgedessen konnten die Schuldbuchforderungen in den letzten Wochen eine Steigerung von mehreren Prozenten erfahren. Leider haben die innerpolitischen Schwierigkeiten in den letzten Tagen wiederum eine Rückwärtsbewegung der Schuldbuchkurse veranlaßt. Die zur Klärung der innerpolitischen Lage dürfte ein weiteres Sinken der Schuldbuchkurse zu erwarten sein. Wir hoffen jedoch, daß der Ausweg der Rückwärtsbewegung der Schuldbuchkurse nicht erheblich sein wird, zumal bei dem früheren Rückgang anderer Rentenwerte die Schuldbuchforderungen sich verhältnismäßig gut gehalten haben. Am 23. d. M. hörten wir folgende unveränderliche Verkaufskurse:

	I	II	I	II
1933	ca. 91	ca. 90	1939	ca. 53
1934	" 79	" 75	1940	" 57
1935	" 78	" 72	1941	" 54
1936	" 74	" 70	1942	" 53
1937	" 61	" 57	1943-48	" 52
1938	" 59	" 55		" 51

Siedleraufbauzuschläge 1944-45 ca. 17. 1946-48 ca. 16.

Bundesnachrichten.

Die Rundfunkhörer unserer mitteldeutschen Landesverbände werden hierdurch auf den Rundfunkverkehr aufmerksam gemacht, den unser Preisbeiliegendes Dr. Franz E. B. K. am Montag, den 25. Juli, abends 9 bis 9 1/2 Uhr über den Leipziger Sender halten wird.

Der Ostbund hilft Dir!

Wiltst Du ihm helfen? Dann wird Mitglieder für ihn und Leser für sein „Geld“! Dadurch fördert Du wirksam unsere gemeinsame Sache.

Aus der Bundesarbeit.

Veranstaltungskalender.

Ostgruppe Verein der Deutschen aus Tadel und Umgegend. Monatsversammlung am Sonntag, 24. Juli, nachmittags 5 Uhr, im Vereinslokal Vögen-Restaurant in Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 61 (Eingang Kirchhofstraße 2). Widerspruch über die Dampferfahrt Müggelsee, Heilmannschachteln.

Ostgruppe Verein ehem. Ostmärker (Polizeibeamte). Preisverlosung am Sonntag, 24. August, nach Friedrichshagen, Dampfergarten am Müggelsee. Abfahrt normal 9 Uhr von der Seilbahnstation, Dampfer für Hin- und Rückfahrt 1,10 M. Combola, Remy, Tanz, Gaste willkommen. Der Dampfer „Berolina“ hat 650 Personen. (Käheres siehe Inserat in Nr. 28.)

*

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Die Ostgruppe Ostamerica und Umgebung hat die für den 10. Juli 1932 geplante Wanderversammlung in der Beschäftigung der Siedlerbund Schmarokk in Gemeinschaft mit der Ostgruppe Hoyerswerda durchgeführt. Sie war vom schönen Wetter begünstigt und hatte trotz anderweitiger Veranstaltungen einen verhältnismäßig guten Besuch. Die Veranstaltung wurde um 3 Uhr von 1. Vorsitzenden der Ostgruppe Ostamerica, Herrn M. Wagnitz, mit einer Begrüßungsansprache eröffnet, in der die Notwendigkeit betont wurde, mehr Leute den je zusammenzuhalten und stets die Interessen des Ostbundes einmündig zu vertreten. Ein besonderer Erfolg gelang den wertvollen Gästen. Es wurden dann die Ostbunde zur Verfügung gestellten Verzeichnisse verteilt und auf die Möglichkeit der Aufnahme von Ferienkindern aus dem abgetrennten Gebiet, besonders aus Ostpreußen, und auf die Verbindung hingewiesen, die deshalb mit dem Verbande heimattreuer Ostpreußen aufgenommen worden ist. Die Unterbringung von Ferienkindern aus dem Ostpreußen Gebiet, West- und Ostpreußen soll im nächsten Jahre von der Ostgruppe besonders beachtet werden. Kaffeestaffel, Preislosigkeiten und eine Combola schlossen sich an. Am Ende spielte die Musik zum

des Besitzers in den Unterleib. Das Mädchen starb nach wenigen Stunden.

Graudenz. In den letzten 14 Tagen ist bereits eine ganze Anzahl deutscher Firmenmitglieder in Graudenz von polnischen Kommissaren verhaftet worden. So haben die Glasfabrik der Danziger Privatbank-Nebenstelle, der Zilla der Deutschen Volksbank, der Lederhandlung Pomke, der Möbelfabrik von Blakowski u. a. daran glauben müssen. U. a. ist auch ein Teil der beleuchteten Firmenbuchstaben der Volksbank unbrauchbar gemacht worden. Man hat „notulisch“ in allen Fällen nie einen Täter erwisch.

König. Die Stadt hatte den Stadtbaumeister Helmut Waldamus nach längerer Dienstzeit mit der Begründung entlassen und den Anstellungsvertrag für ungültig erklärt, daß er ein Deutscher sei. Waldamus hat Klage dagegen erhoben und das Gericht hat entschieden, daß die Entlassung ungerechtfertigt und eine Annulierung des Vertrages geziemend ist. Die Stadt König hat den Polen in ähnlichen wieder befehligt und muß nun zwei Stadtbaumeister befehlen.

Chorn. Über dem Korridentort ist eine Reihe von furchtbaren Unwettern niedergegangen, durch die unermesslicher Schaden verursacht wurde. Eine ganze Reihe von Gebäuden wurde durch Blitzschlag in Brand gesetzt, zahlreiche Gebäude auch durch Sturm schwer beschädigt. Die Ernte wurde stellenweise völlig vernichtet, viel Vieh getötet, auch zahlreiche Menschen sind durch die Unwetter zu Schaden gekommen. Sünf Personen wurden vom Blitz getötet. Besonders schwer haben die Unwetter im Kreise Graudenz und im Kreise Kulm gemüht, wo die ganze Ernte durch Hagelschlag vernichtet wurde, im Kreise Pilschau, wo zahlreiche Blitzschläge zu verzeichnen waren, im Kreise Stargard, wo durch Wolkenbruch ungeheure Vermüthungen angerichtet wurden. Im Kreise Cuchel sind besonders schwere Sturmfluten zu verzeichnen, in den Kreisen König, Briesen und Strossburg zahlreiche Brände durch Blitzschlag. Allein im Kreise Briesen brannten 16 Gehöfte nieder.

Chorn. Wie der „Kurier Pomanjski“ erfährt, ist beschlagnahmt, das Schulratorium (Provinzialschulkollegium) von Pommern in Chorn aufzulösen und den Bezirk dem Polener Kuratorium anzugliedern. Der Präsident des Polener Schulratoriums, Ramski, soll seinen Posten verlassen und durch den Präsidenten des pommerschen Kuratoriums, Dr. Poliak, ersetzt werden.

Wielich. Der deutsch-katholische Lehrer König, der letzte deutsche Lehrer im ganzen Kreise, hat seine Veretzung nach Kongresspolen erhalten, wo er in einem rein polnischen Gebiete unterrichten wird.

Polenbesucher und Reichstagswahl.

Reichsangehörige, die sich während der Ferienzeit belustigungsweise auf polnisches Staatsgebiet ausfallen, werden voraussichtlich vielfach den Wanjch haben, zur Ausübung ihres Wahlrechts (i. B. mit einem Wahlchein) bei der am 31. d. M. stattfindenden Reichstagswahl vorübergehend in das Reichsgebiet zurückzuführen. Durch Erkundigungen bei den zuständigen polnischen Stellen ist festgestellt worden, daß eine solche Unterbrechung des Aufenthalts in Polen ohne Schwierigkeit möglich ist, wenn die Rückkehr innerhalb der durch den polnischen Einreisegrenzmark gesetzten Aufenthaltssfrist erfolgt. Reichsangehörige, die zur Ausübung ihres Wahlrechts das polnische Staatsgebiet vorübergehend verlassen wollen, bedürfen zu diesem Zweck nur eines kurzfristigen Wiedereinreisegrenzmark, der nach der von den polnischen Stellen gegebenen Auskunft von dem zuständigen polnischen Statisten ohne weiteres gegen Vorlegung einer Gebühr von 3 Zloty (1,50 M.) erteilt wird.

*

Buchbesprechungen.

„Süddeutsche Ostmark“. 3. Folge der „Volk und Reich“-Bücherei, herausg. v. Friedrich Heiß und A. Hillem, Ziegfeld, kart. 2,30 M. Reinen 3 M. — Der „Volk und Reich“-Verlag, in ostpolnischen Kreisen durch seine vortrefflichen Ostpreußen- und Korrespondenzen bekannt, hat durch das vorliegende Buch zum erstenmal die nationalen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der bayerisch-österreichischen Grenzmark gegen die tschechische in zusammenfassender, wissenschaftlich-lebendiger Weise auf Grund authentischer Materialien dargestellt und damit einen neuen wertvollen Beitrag zur deutschen Grenzkomplexliteratur geliefert. Umfang und Methode des tschechischen Eindringens ins süddeutsche Volksgebiet vom Leger-Winkel bis zum Preßburger Brückenkopf werden eingehend geklärt. Die Geschichte und Eigenart des bayerischen und böhmischen Landes wird dem Leser nähergebracht. Durch 22 sorgfältig gearbeitete Karten und ausgearbeitete Bilder werden die behandelten Themen veranschaulicht. Man lernt Bayern als Grenzland kennen, und man hofft, daß die Bayern selbst aus dieser Darstellung ihrer eigenen Grenzangabe Verständnis für die Notwendigkeiten des deutsch-polnischen Grenzkampfes ziehen werden.

Diese Nummer umfaßt einschließlich der Beilage „Der junge Ostmark“ 16 Seiten.

Für die nicht von der Bundesstellung veranlaßten Anzeigen im Anzeigenteil kann eine Haftung nicht übernommen werden.



Wie einst bei Rosßbach ein Trommler die Franzosen in Verwirrung gebracht hat, daß es Friedrich dem Großen nicht schwer wurde, den Sieg zu erringen, so schreitet heute die Trommler-Zigarette allen preisgleichen Zigaretten voran und ist ihnen auch geschmacklich überlegen.

Trommler

3 1/2



**Wertvolle Gutscheine
Prechtige Uniformbilder**

**STURM ZIGARETTEN
G.M.B.H. DRESDEN**

